

## Liebe Kolleginnen!

Ich hoffe, Sie hatten einen guten Start ins neue Jahr 2018, für das ich Ihnen Gottes Segen wünsche. Auch im bereits begonnenen Jahr stehen große Baustellen in Kirche, Politik und Gesellschaft an: Nicht nur die Regierungsbildung in Deutschland ist schwierig, auch die Weiterentwicklung von Konsum und Technologie (z.B. Digitalisierung) birgt Gefahren, denen sich die Pädagogik stellen muss. Hier sind klare Positionen und christliche Überzeugungen gefragt. Engagieren Sie sich und machen Sie die Arbeit des VkdL auch Kolleginnen außerhalb unseres Verbandes bekannt! Gewinnen Sie neue Mitglieder für den VkdL.

Ihre

*Roswitha Fiedler*

VkdL-Info 1 / 2018



### Bundesprüfstelle warnt vor trickreichen jugendgefährdenden Medien

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien hat für die vergangenen Jahre **etwa 1.300 Fälle verzeichnet**. In den meisten Fällen handelt es sich um „harte Pornografie“ und „geschlechtsbetonte Posendarstellungen Minderjähriger“, wie *Martina Hannak* von der Prüfstelle gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ mitteilte. Im Fokus stehen nicht nur der zunehmende Rechtsextremismus, sondern vor allem auch immer subtiler agierende Leute, die mit üblen Tricks das Vertrauen von Kindern und Jugendlichen missbrauchen. Hannak erwähnt als Beispiel kindgerecht gestaltete Apps, in denen sich Erwachsene als Kinder ausgeben und ein Spiel zur Ponypflege anbieten, um so den Kontakt zu Kindern herzustellen. In der Realität kann es dann zu Übergriffen kommen. **Die naive Preisgabe persönlicher Daten und Fotos im Netz kann so rasch zur Falle werden. Die Prüfstelle kann jedoch nur auf Hinweise von zuständigen und antragsberechtigten Behörden (Jugend-/Landesämter) tätig werden — nicht auf Meldungen von Privatpersonen direkt, so teilte KNA mit.**

### „Fake News“ — auch für den Vatikan eine Gefahr

Sogenannte „Fake News“ sind schon länger ein Problem, das durch die sozialen Medien immer größer geworden ist. Nun hat auch die Vatikanzeitung „Osservatore Romano“ beklagt, dass Aussagen des Papstes zunehmend falsch dargestellt werden: entweder werden Papst-Äußerungen aus dem Kontext gerissen oder es werden auf Spanisch verfasste Papst-Reden in Umlauf gebracht und als Originaltexte von Franziskus ausgegeben. Da reißerische Titel immer gute Chancen in den Medien haben, werden solche Meldungen auch von den wenigsten Menschen hinterfragt und überprüft.

**Der VkdL hält diese Entwicklung für sehr gefährlich, da die Menschen auf diese Weise immer stärker den Glauben verlieren: Während wahre Grundaussagen kaum noch eine Chance haben, verbreitet sich ein Skeptizismus, der mit Egoismus gepaart ist. Die Kirche sollte dem Trend gezielt entgegenwirken.**

### Kirche: „§ 219 a muss bleiben“

Die in der Politik entbrannte Diskussion über den § 219a, der das Werbe-Verbot für Abtreibung festschreibt, hat in den Medien eine Welle von Meinungsäußerungen losgetreten. Ausgangspunkt war die Urteilsbegründung des Gießener Amtsgerichts: Das Gericht hatte eine Frauenärztin verurteilt, da sie „in anstößiger Weise“ Schwangerschaftsabbrüche angeboten hatte. Politiker verschiedener Parteien (SPD, Linke, Grüne und FDP) hatten sich daraufhin für die Abschaffung des § 219a ausgesprochen und eine Gesetzesänderung gefordert. Die Kirchen sowie weite Teile der Union lehnen diese Änderung aus guten Gründen ab. In einem Interview verteidigte die CDU-Politikerin *Annette Widmann-Mauz* den Erhalt von § 219a: „Ein Schwangerschaftsabbruch ist keine ärztliche Dienstleistung wie jede andere. (...) Vor diesem Hintergrund verbietet es sich, mit öffentlicher Werbung dem Schutzkonzept für das ungeborene Leben entgegenzuwirken. Insofern hat sich an der Notwendigkeit dieses Strafrechtsparagrafen nichts verändert.“

**Der VkdL unterstützt die Haltung der Kirche und der Union: Der Lebensschutz ist Aufgabe des Staates. Wenn wir die Werbung für eine Tötung menschlichen Lebens auf eine Stufe stellen mit anderen ärztlichen Dienstleistungen, dann haben wir den Schwangerschaftsabbruch zur „normalsten Sache der Welt“ erhoben. Das kann nur zu Verwerfungen führen, die langfristig eine Gesellschaft im Innersten zersetzen.**

### Unterschätzt: Frauen in der terroristischen Szene

Auch wenn es für viele befremdlich klingt: Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hatte Ende Dezember erklärt, dass „der Salafismus immer weiblicher werde“, so teilte KNA mit. Forscher beobachten seit etwa fünf Jahren, dass die Terrormiliz „Islamischer Staat“ gezielt versucht, Frauen zu gewinnen. Gelockt werden sie oft mit vordergründig weiblichen Themen wie Handarbeitsunterricht etc., aber im Hintergrund wird die IS-Ideologie eingetrichtert. Der Islamwissenschaftler *Mouhanad Khorchide* weist seit Jahren auf die Rolle der Frau im Salafismus hin. Frauen fühlen sich oft aus humanitären Gründen von der IS-Propaganda angesprochen, wollen sich im medizinischen oder sozialen Bereich nützlich machen und heiraten einen Dschihadisten, um später Witwe eines Märtyrers zu werden, so zitiert KNA die kanadische Forscherin *Marie Lamensch*.

Was vom Verfassungsschutz in NRW mit großer Sorge beobachtet wird, ist die Familien- und Erziehungsarbeit, die salafistische Gesellschaftsteile entstehen lässt. In Zukunft müsse man verstärkt eine gute Präventionsarbeit in den Schulen und Kindergärten betreiben **und sich mit der Kinder- und Jugendhilfe vernetzen**. Die Pädagogin *Silke Baer* vom Verein „cultures interactive“ rät dazu, die Frauen als „ideologisch überzeugte Personen“ wirklich ernst zu nehmen.

### Renaissance des Marxismus nicht ausgeschlossen?

Kardinal Reinhard Marx, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, hält es für nicht unwahrscheinlich, dass der Marxismus zurückkehrt. Die negativen Folgen eines ungebremsten Kapitalismus seien so gravierend, dass die Verbitterung bei vielen Menschen enorm zugenommen habe. Wenn es nicht gelinge, die soziale Marktwirtschaft weltweit zu etablieren, so werde die Rückkehr alter Ideologien immer wahrscheinlicher. Bereits Papst Johannes Paul II. hatte vor den Folgen von Gier und Konsum gewarnt und betont, dass der Kapitalismus die Fragen der Gerechtigkeit beantworten muss.

Marx betont, dass das Erfolgsrezept der sozialen Marktwirtschaft auf ein neues globales Rahmenwerk übertragen werden müsse, um auf internationaler Ebene zu funktionieren. Das sei schwierig, aber unumgänglich. **Der VkdL sieht vor allem die Kirchen in der Pflicht, die Rechte der Menschen zu schützen und für einen moderaten Umgang mit Geld und Macht einzustehen. Gerade in der Kirche muss wieder sichtbar werden, dass „der Mensch nicht vom Brot allein lebt“.**

### „Schreiben nach Hören“ — kein Weg

Die neue Schulministerin in NRW, Yvonne Gebauer (FDP), gestand zum Jahresende gegenüber der „Rheinischen Post“, dass sie der Methode „Schreiben nach Hören“ skeptisch gegenüberstehe. Bis zum Ende des ersten Schuljahres sei das „Schreiben nach Hören“ eventuell noch umsetzbar, aber in späteren Klassen nicht mehr zielführend, vor allem nicht für Kinder mit Migrationshintergrund, die eine klare Orientierung in der Sprache brauchen.

Die Schulministerin will abwarten, wie sich andere Bundesländer verhalten. Hamburg und Baden-Württemberg haben sich bereits gegen das „Schreiben nach Hören“ entschieden.

**Der VkdL lehnt diese Methode aus pädagogischen Gründen generell ab. Zunehmend wird eine Abnahme der Fähigkeit zur korrekten Rechtschreibung beklagt. Dies hat ihre Wurzel vor allem in mangelhaften Methoden der Rechtschreibung in den Grundschulen.**

### Berlin: Humanisten den beiden Kirchen gleichgestellt

Berlins Kultursenator Klaus Lederer (Linke) hatte dem Senat in Berlin vorgeschlagen, den „Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg“ (HVD-BB) den beiden großen Kirchen gleichzustellen. Dem ist nun stattgegeben worden. Am 14. Januar 2018 soll dem Verband im Rahmen eines Festaktes der Status einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ verliehen werden. Der HVD, der im Land Berlin nach eigenen Angaben 13.000 Mitglieder hat, genießt damit rechtliche und finanzielle Vorteile.

Bereits 1996 hatte der Verband den Status beantragt — dieser wurde damals abgelehnt. In ganz Deutschland gibt es insgesamt 12 Humanistische Landesverbände in 13 Bundesländern, wobei die Landesverbände in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen den Körperschafts-Status haben. In Berlin bietet der Humanistische Verband Lebenskundeunterricht an, der rund 60.000 Schülerinnen und Schüler erreicht.

### Zahl der Studierenden seit Jahren auf Rekordniveau

Nach den aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden sind für das Wintersemester 2,847 Millionen Studierende an einer deutschen Hochschule eingeschrieben — das sind fast 41.000 mehr (+ 1,5 Prozent) als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Zwar sank im Studienjahr 2017 die Zahl der Studienanfänger, aber vor allem an den Fachhochschulen und an den Verwaltungsfachhochschulen stiegen die Zahlen: bei den Fachhochschulen gab es einen Zuwachs um plus 0,6 Prozent, bei den Verwaltungsfachhochschulen ein Plus von 24,9 Prozent.

Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz beklagt die Rahmenbedingungen: Horst Hippler erklärte, dass die hohen Studentenzahlen hochplateaumäßig gleich bleiben, dass aber die Hochschulfinanzierung kein solides Fundament habe — es fehlen Investitionen für eine vernünftige Personalplanung, für neue Dauerstellen etc. Das Deutsche Studentenwerk beklagt darüber hinaus die Wohnungslage für viele Studierende: Es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum für Studentinnen und Studenten. Hinzu kommt, dass auch die soziale Infrastruktur in einigen Städten verbessert werden muss. **Der VkdL begrüßt die guten Bildungsmöglichkeiten für junge Menschen — eine erfreuliche Entwicklung. Dennoch dürfe man nicht in Euphorie verharren: Es ist wichtig, dass die dualen Bildungswege in Deutschland neue Anreize bekommen und nicht jeder Abiturient quasi „gezwungen“ ist, zu studieren. Gerade der Zuwachs bei den Fachhochschulen zeigt, wie stark die praxisnahe Ausbildung gefragt ist. Hier muss die Politik reagieren, damit nicht Ungleichgewichte entstehen. Schülerinnen und Schüler sollten früh unterstützt werden in dem, was sie gut können — auch Handwerks- und Sozialberufe verdienen Wertschätzung und Respekt. Wer nur auf die Hochschulen schaut, verzerrt die Realität.**

### Mehr Nähe zum Glauben, mehr Glaubwürdigkeit — „Mehr“-Konferenz will und gibt mehr ...

Als Johannes Hartl im Herbst 2011 seine Idee von einem Gebetshaus in Augsburg umsetzte, ahnte er vermutlich nicht, dass diese Idee einmal so ankommen würde: Zu der jüngsten ökumenischen Glaubenskonferenz „Mehr“ im Januar 2018 kamen 11.000 Teilnehmer. Von Beginn an wollte Hartl vor allem das Evangelium und den Glauben näher bringen — vor allem den jungen Menschen. Das ist ihm gelungen. Es sind junge Menschen, die sich durch die christlich motivierten Vorträge, Konzerte, Diskussionen, Gebete und Lobpreisungen angesprochen fühlen — das Durchschnittsalter liegt bei 37 Jahren. Wer diese Zahlen mit aktuellen Kirchgänger-Zahlen vergleicht, muss staunen.

Und: Seit dem 19. September 2011 wird dort ununterbrochen gebetet. Das, was den Kirchen immer vorgeworfen wird, dass man junge Menschen mit religiösen Angeboten nicht mehr erreichen kann, hat Johannes Hartl widerlegt: Er spricht die Fragenden und Suchenden emotional an, er macht Glaubensleben konkret, er nimmt das Evangelium ernst und baut Brücken zum 21. Jahrhundert. Auch wenn so eine Bewegung nicht vor Negativurteilen gefeit ist, so scheint es doch beachtlich, wie jemand mit seinem persönlichen Charisma junge Menschen nicht nur zur Besinnung auf den Glauben, sondern sogar zur Umkehr bewegen kann: durch sein gelebtes Vorbild und seine glaubwürdige Spiritualität.